

Staatsanwaltschaft

25.04.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir vertreten die rechtlichen Interessen der Eheleute S. und Dr. M. sowie der Frau

Namens und im Auftrag unserer Mandanten erstatten wir hiermit

### Strafanzeige gegen Unbekannt

wegen des Verdachts auf

### Verletzung des Privatgeheimnisses gemäß § 203 StGB

und stellen etwaige erforderliche

### Strafanträge.

37

Der Strafanzeige liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

## 1. Sachverhalt

Unsere Mandantschaft Fr. S. [REDACTED] und Hr. Dr. M. [REDACTED] begaben sich am 02.2.2013 ins [REDACTED] Bei Fr. C. [REDACTED] handelt es sich um die am 02.2.2013 um 20.00 Uhr eben dort geborene Tochter.

## 2.

Am 30.5.2016 forderte unsere Mandantschaft die Geburtsunterlagen ihrer Tochter C. [REDACTED] beim [REDACTED] GmbH ist, an, um die Vorkommnisse bei der Geburt von C. [REDACTED] aufzuarbeiten.

Diese Unterlagen wurden unserer Mandantschaft mit Schreiben vom 21.6.2016 durch das [REDACTED] auch zur Verfügung gestellt.

**Beweis:** Zeugnis der Eheleute S. [REDACTED] und Dr. M. [REDACTED]  
[REDACTED]

Bei der Durchsicht der übersandten Unterlagen fiel unserer Mandantschaft auf, dass es zu mehreren unautorisierten Datenübermittlungen gekommen war. Zudem wurden offensichtlich fremde Patientendaten an unsere Mandantschaft herausgegeben.

So erging von Seiten des [REDACTED] zunächst am 02.2.2013 eine Mitteilung an die während der Schwangerschaft betreuende Gynäkologin von Fr. [REDACTED] an Fr. Dr. [REDACTED] Im Rahmen dieser Mitteilung wurde Fr. Dr. [REDACTED] die Geburt sowie weitere, für die Fachrichtung nicht relevante Daten der Tochter C. [REDACTED] mitgeteilt.

**Beweis:** Mitteilung des [REDACTED] vom 02.2.2013 an Fr. Dr. [REDACTED]  
[REDACTED] Anlage 1.

Zeugnis der Fr. Dr. [REDACTED]

Die für diese unbefugte Datenübermittlung verantwortliche Person erschließt sich nicht aus Anlage 1, da das Dokument lediglich mit „Ihr Kreißsaalteam“ gekennzeichnet ist.

Im weiteren Verlauf kam es am 08.3.2013 erneut zu einer Mitteilung an Fr. Dr. [REDACTED]. Diesmal wurden einige Befunde der klinischen Nachsorge und der auf die Geburt folgenden Untersuchungen übermittelt, die jedoch zum Teil völlig irrelevant waren und keine Aufarbeitung der Vorkommnisse am [REDACTED] 2.2013 möglich machten.

**Beweis:** Mitteilung des [REDACTED] vom 8.3.2013 an Fr. Dr. [REDACTED]  
[REDACTED] Anlage 2.

Zeugnis der Fr. Dr. [REDACTED] b.b.

Beiden Datenübermittlungen hatte unsere Mandantschaft jedoch niemals, weder ausdrücklich noch konkludent, zugestimmt. Das entsprechende Formular, das das [REDACTED] zu diesem Zweck verwendet, füllte unsere Mandantschaft bewusst nicht aus, da sie eine automatisierte und unkontrollierte Datenweitergabe nicht wünschten und diese, sofern notwendig, gegebenenfalls selbst vornehmen wollten.

**Beweis:** Einwilligung – Datenübermittlung zwischen Hausarzt/bzw. weiterbehandelndem Arzt und Krankenhaus, Anlage 3.

Bei der weiteren Durchsicht der übermittelten Unterlagen wurde unserer Mandantschaft zudem bewusst, dass zusätzlich zu den Wehen- und Herztonaufzeichnungen von Fr. S. [REDACTED] und Fr. C. [REDACTED] auch die entsprechenden Daten einer weiteren Patientin übermittelt wurden.

Die entsprechenden Messergebnisse der zweiten Patientin können auf diesen Unterlagen zweifelsfrei nachvollzogen werden. Auch ist die zweite Patientin, Fr. S. [REDACTED], geboren 19[REDACTED] eindeutig bestimmbar in diesen Unterlagen bezeichnet.

**Beweis:** Auszug der Wehen- und Herztonaufzeichnungen, Anlage 4.

Mit diesen, aus datenschutzrechtlicher Sicht erheblichen Mängeln konfrontiert, verwies die Geschäftsführung des [REDACTED] mit Schreiben vom 11.7.2016 lapidar darauf, dass eine Datenweitergabe an die während der Schwangerschaft behandelnde Gynäkologin sowohl datenschutz- als auch berufsrechtlich gedeckt sei. Lediglich die unbefugte Weitergabe von fremden Patientendaten räumte die Klinikleitung in ihrem Schreiben ein.



**Beweis:** Schreiben vom 11.7.2016 des [REDACTED] Geschäftsführer [REDACTED]  
[REDACTED] GmbH, **Anlage 5.**

Selbstverständlich wollte es unsere Mandantschaft auf dieser (rechtlich zudem falschen) Aussage nicht beruhen lassen. Um die Relevanz datenschutzrechtlicher Verstöße prüfen zu lassen, suchte sie daher den Kontakt mit dem damals zuständigen Datenschutzbeauftragten des [REDACTED]

Eine Antwort zur Sache war von dort leider nicht zu bekommen, da im Rahmen einer internen Umstrukturierung zu diesem Zeitpunkt nur stark verzögert oder gar nicht auf Anfragen reagiert wurde.

Nach Ende der Umstrukturierung wandte sich unsere Mandantschaft mit Schreiben vom 2.2.2017 an das nunmehr zuständige, neu geschaffene [REDACTED] Datenschutzzentrum [REDACTED]

Das [REDACTED] Datenschutzzentrum reagierte prompt und teilte unserer Mandantschaft mit Schreiben vom 13.3.2017 mit, dass der Sachverhalt sorgfältig geprüft worden sei und nunmehr eine Beanstandung nach § [REDACTED] (Anordnung über den [REDACTED] Datenschutz) gegenüber der [REDACTED] GmbH wegen der drei, oben bereits dargelegten Verstöße gegen §12 [REDACTED] ausgesprochen wurde.

**Beweis:** Schreiben des [REDACTED] Datenschutzzentrums vom 13.3.2017, **Anlage 6.**

Das Aussprechen einer solchen Beanstandung ändert jedoch nichts an der strafrechtlichen Relevanz des offensichtlich durch die Klinikleitung gedeckten Verhaltens einzelner Mitarbeiter und bietet nur unzureichende Gewähr dafür, dass sich vergleichbare Verstöße in Zukunft nicht wiederholen.

Vielmehr erscheint es geboten, den Verantwortlichen hier klare Grenzen aufzuzeigen.

### **3. Rechtliche Bewertung**

Der oben geschilderte Sachverhalt ist strafbar nach

## § 203 Abs. 1 Nr. 1 StGB

wegen Verletzung des Privatgeheimnisses in insgesamt drei Fällen.

Tatbestandlich handelt, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis offenbart, das ihm als Arzt oder Angehöriger eines anderen Heilberufs anvertraut worden ist.

Das durch den Straftatbestand geschützte Rechtsgut ist das allgemeine Persönlichkeitsrecht in seiner Ausprägung als Recht auf informationelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 iVm Art. 1 Abs. 1 GG. Jeder Einzelne soll selbst darüber bestimmen können, welche persönlichen Daten er wann, wie und vor allem wem zugänglich macht.

Bei Patientendaten sowie den Umständen einer ärztlichen Behandlung handelt es sich um solche, zum persönlichen Lebensbereich gehörende fremde Geheimnisse. Ein Geheimnis ist eine Tatsache, die sich auf die Person des Betroffenen sowie seine vergangenen und bestehenden Lebensverhältnisse bezieht (*Fischer*, StGB 2007, § 203 Rn. 4.). Fremd ist ein Geheimnis immer dann, wenn es nicht die eigenen Lebensumstände betrifft.

Solche fremden Geheimnisse wurden vorliegend auch in insgesamt drei Fällen offenbart, nämlich Dritten zugänglich gemacht.

Zwei Mal gegenüber der Gynäkologin Fr. Dr. med. [REDACTED] durch die Übermittlung von Geburtsmitteilung und Nachsorgebericht, und einmal durch die Übermittlung der Wehen- und Herztonaufzeichnungen der Fr. [REDACTED] an unsere Mandantschaft.

Diese Übermittlung erfolgte auch unbefugt. Unsere Mandantschaft hat nachweislich niemals ihr Einverständnis zu einer Datenweitergabe erteilt. Weder an die während der Schwangerschaft betreuende Gynäkologin, noch an andere Personen. Dies geht zweifelsfrei aus dem nicht unterzeichneten Einwilligungsförmular hervor.

Eine solche Übermittlung ist auch keinesfalls durch einen datenschutz- oder berufsrechtlichen Erlaubnistatbestand gedeckt.



Aus datenschutzrechtlicher Sicht sind für die [REDACTED] GmbH allein die Bestimmungen der [REDACTED] einschlägig, da es sich um eine [REDACTED] Einrichtung iSd § [REDACTED] handelt. Gemäß § [REDACTED] bedarf es zum Zweck der Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung einer expliziten Einwilligung des Betroffenen. Die Weitergabe von Daten an Dritte ist eine Datennutzung iSd § [REDACTED] so dass sie einwilligungsbedürftig ist. Eine solche Einwilligung liegt hier jedoch nicht vor. Auch das Berufsrecht der Heilberufe vermag hier nicht als Rechtfertigungsgrund einzugreifen. Eine Datenweitergabe ohne Einwilligung ist auch berufsrechtlich nur in wenigen Ausnahmesituationen zulässig (bspw. soweit es um die Abrechnung von Kassenleistungen geht). Letztendlich bleibt im Hinblick auf die bewusst nicht unterzeichnete Einwilligung zur Datenweitergabe (Anlage 3) auch für eine mutmaßliche, die Übermittlung rechtfertigende Einwilligung kein Raum.

Letztendlich haben die verantwortlichen Personen auch vorsätzlich gehandelt. Sie wussten um die Natur von Patientendaten als Geheimnis und waren sich zudem darüber im Klaren, dass explizit keine Einwilligung in die Datenweitergabe erteilt war.

Der nach § 205 Abs. 1 StGB erforderliche Strafantrag gem. § 77 StGB ist gestellt. Es liegt hier auch keinesfalls eine Verfristung der Antragsfrist gem. § 77b StGB vor, da unsere Mandantschaft aufgrund des wenig kooperativen Verhaltens der Geschäftsführung [REDACTED] bis heute keine Kenntnis von den tatsächlichen Tätern hat, die Antragsfrist daher gem. § 77b Abs. 2 StGB noch nicht in Gang gesetzt wurde.

Wir bitten namens unserer Mandantschaft darum, das Ermittlungsverfahren wegen der Schwere des im Raum stehenden Verdachts unverzüglich einzuleiten und dabei alle Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, um – sollte sich der Verdacht bestätigen – den oder die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

[REDACTED]  
Rechtsanwalt